

Das digitale Magazin von Armand Zorn, Mitglied des Deutschen Bundestages

FRANKFURT – BERLIN | DIREKT

April 2023

**REFLEKTIONEN ZUM
KOALITIONSAUSSCHUSS
WAS HALTE ICH FEST?**

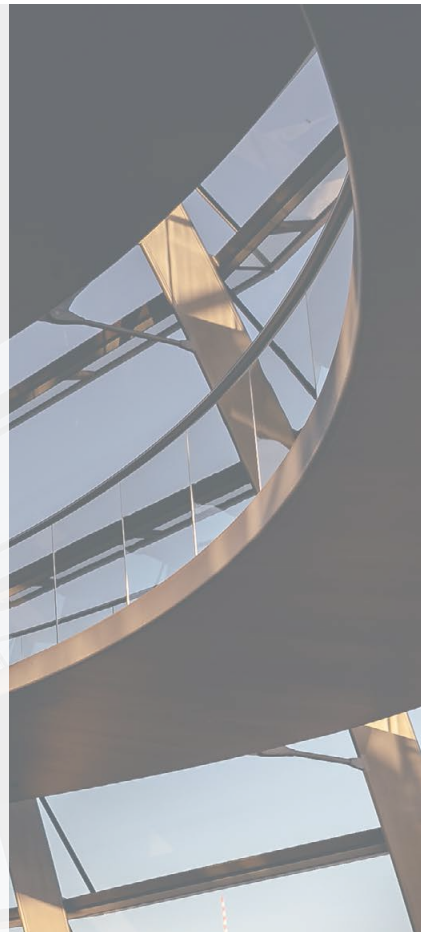
**DAS 49€-TICKET KOMMT
WAS SIND DIE DETAILS?**

**GELDPOLITISCHER DIALOG
DISKUSSION ZUR INFLATION**

INHALTSVERZEICHNIS

April 2023

Editorial	02
Reflexionen zum Koalitionsausschuss Was halte ich fest?	03
Das 49€-Ticket kommt! Was sind die Details?	04
Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz den Arbeiter*innenmangel bekämpfen Meine Punkte	05
Reform des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes Diskriminierung entgegenreten	06
Meine Rede zum Data Act Faire Regelungen für Verbraucher*innen	07
Themenwoche Verkehr Mein Fazit zu einer spannenden Woche	08
Geldpolitischer Dialog Inflationentwicklung	09
Mit dem Bundestag in die Vereinigten Staaten Das PPP	10



04

Das 49€-Ticket
kommt!



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

in diesem Monat geht eine Epoche zu Ende: Am 15. April wurden die letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet - und das ist eine gute Nachricht!

Deutschland folgt damit u.a. Österreich, das nach einer Volksabstimmung bereits 1978 aus der Atomenergie ausgestiegen ist und wo der Atomausstieg inzwischen Verfassungsrang hat. Wir Sozialdemokraten setzen uns schon seit Jahrzehnten für den Atomausstieg ein, denn Atomkraft ist eine gefährliche Hochrisikotechnologie. Für die Endlagerung des radioaktiv strahlenden Atommülls über Jahrtausende haben wir bis heute keine Lösung und zugleich ist die Stromerzeugung durch Atomkraft die teuerste und unwirtschaftlichste Art der Energieerzeugung. Und da der Anteil von Atomstrom in Deutschland zuletzt nur noch etwa 7% betrug, ist unsere Versorgungssicherheit - anders als die Atomkraftbefürworter fälschlicherweise behaupten - durch den Atomausstieg keineswegs gefährdet. In den nächsten Jahren müssen wir nun, auch unserer Umwelt zuliebe, massiv auf den Ausbau Erneuerbarer Energien setzen.

Was es sonst noch zu berichten gibt aus meiner politischen Arbeit im Deutschen Bundestag und darüber hinaus, finden Sie in dieser neuesten Ausgabe meines „Magazins“. Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre und bin auf Ihre Rückmeldungen gespannt.

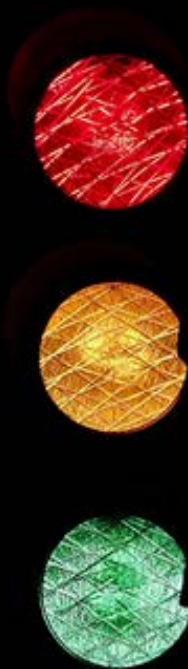
Für Ende Mai/Anfang Juni plant mein Team übrigens momentan gerade wieder die nächste „Wahlkreistour“, bei der Sie mich vor Ort in vielen Stadtteilen in meinem Wahlkreis treffen und mit mir ins Gespräch kommen können. Die Termine finden Sie rechtzeitig auf meiner Internetseite.

Mit den besten Grüßen,



Armand Zorn





REFLEKTIONEN ZUM KOALITIONSAUSSCHUSS

Wenngleich der Koalitionsausschuss Ende März in der Öffentlichkeit insbesondere in Bezug auf seine intensiven, nahezu marathontypischen Verhandlungen besprochen wurde, konnten auch einige wichtige Durchbrüche in den Gesprächen erzielt werden. Hierzu ein paar Gedanken:

Ich verrate keine Geheimnisse damit: Parteien, die so unterschiedlich sind, wie die Koalitionspartner in der Ampel, teilen nicht immer die gleichen Standpunkte und können sich in der Sache mitunter höchst uneinig sein. Damit reflektieren sie nur unsere komplexe gesellschaftliche Wirklichkeit!

Festzuhalten ist aber: Auch wenn

sicherlich über das “wie” der Gespräche gestritten werden kann – im Ergebnis hat es sich gelohnt! Auch in einer der turbulentesten Phasen jüngerer deutscher Geschichte halten wir am Ziel fest, Deutschland zu modernisieren. Klimaschutz wird nicht – wie oft behauptet wurde – “aufgegeben”: Vom Grundprinzip des Klimaschutzgesetzes – die Bundesregierung zum Klimaschutz verbindlich zu verpflichten, wird nicht abgerückt.

Die Gesamtziele in der CO₂-Reduzierung bleiben: bis 2045 wird Deutschland klimaneutral sein. Allerdings war es der SPD ein wichtiges Anliegen, dass Klimaschutz sozial und gerecht ist. Wie der SPD-Chef Lars Klingbeil es ausdrückte: “Klimaschutz darf kein Elitenprojekt sein”.

In diesem Zusammenhang hat sich die Koalition unter anderem darauf geeinigt, den Ausbau von Schienennetzen zu beschleunigen und in den Bahnverkehr zu investieren. Um dieses Projekt zu verwirklichen, wird der CO₂-Aufschlag auf die Lkw-Maut ab 2024 erhöht. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, möglichst vielen Menschen den Zugang zu einer erschwinglichen Mobilität mit geringem CO₂-Ausstoß zu ermöglichen.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Modernisierung des Landes beschleunigt wird und Deutschland seine Klimaziele erreicht. Wir haben hier noch viel Nachholbedarf, aber wir sind auf dem richtigen Weg.



DAS 49€-TICKET KOMMT!

Nach dem großen Erfolg des 9-Euro Tickets im vergangenen Jahr haben sich Bund und Länder auf die Einführung eines deutschlandweit gültigen Nah- und Regionalverkehrsticket zum Preis von 49-Euro pro Monat geeinigt.

Ab den 1. Mai können Fahrgäste Busse und Regio-Bahnen im ganzen Land einfach benutzen, ohne sich über Verbundgrenze und unterschiedliche Tarife in den einzelnen Regionen Gedanken machen zu müssen.

Ziel des Deutschlandtickets ist es

die ÖPNV attraktiver zu gestalten. Gerade im Verkehrssektor haben wir großen Nachholbedarf im Klimaschutz. Der Verkehrssektor verfehlt seit Jahren konsequent seine Klimaziele, daher ist es so wichtig, dass wir mit diesem attraktiven Angebot mehr Personen vom Auto in die öffentlichen Verkehrsmittel bringen.

Der SPD war es ein weiteres wichtiges Anliegen insbesondere Arbeiter:innen, die jeden Tag pendeln müssen, finanziell zu entlasten.

Um die Tickets zu finanzieren, stellt der Bund den Ländern 1,5 Milliarden

Euro pro Jahr zur Verfügung. Die Bundesländer beteiligen sich ebenfalls mit 1,5 Milliarden Euro. Sollten Mehrkosten entstehen, würden sie im ersten Jahr hälftig zwischen dem Bund und der Bundesländer aufgeteilt, um Verkehrsunternehmen vor wirtschaftlichen Risiken zu schützen.

Diese Maßnahme konkretisiert den Koalitionsvertrag, fördert eine klimafreundliche Mobilität, indem sie die Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel, wie z. B. Pendler:innen, finanziell unterstützt.

MIT DEM FACHKRÄFTEEINWANDERUNGSGESETZ DEN ARBEITER*INNENMANGEL BEKÄMPFEN

Deutschland braucht Fachkräfte: 2022 waren 1,98 Millionen Arbeitsplätze nicht besetzt, weil es an ausgebildete Arbeiter:innen fehlte. Die Regierung hat dementsprechend eine ehrgeizige Strategie entwickelt, um sowohl die Erwerbsfähigkeit von Frauen und Älteren zu erhöhen als auch die Aus- und Weiterbildung zu stärken.

Zusätzlich muss Deutschland auch attraktiver für qualifizierte ausländische Fachkräfte werden. Daher hat das Kabinett das Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen, das diese durch drei Wege erleichtern soll:

1. Qualifikation: Bisher können durch die blaue Karte EU ausgebildete Arbeitskräfte aus Drittstaaten nur in Deutschland arbeiten, wenn in dem Berufsfeld Arbeitskräftemangel herrscht. Künftig werden Arbeiter:innen aus dem Ausland mit einem angemessenen Diplomabschluss jede qualifizierte Arbeit ausüben dürfen - unabhängig davon, ob es einen akuten Mangel gibt.

2. Erfahrung: Jeder mit mindestens zwei Jahren Berufserfahrung und einem im Ausland erworbenen und dort staatlich anerkannten Berufsabschluss kann nun als Fachkraft in Deutschland zuwandern.

3. Potenzial: Eine Chancenkarte wird eingeführt, für diejenigen, die noch kein konkretes Arbeitsplatzangebot haben, aber Potenzial für den Arbeitsmarkt mitbringen. Diese Karte basiert sich auf einem Punktesystem, dessen Kriterien Folgendes umfassen: Qualifikation, Deutsch- und Englischkenntnisse, Berufserfahrung, Deutschlandbezug, Alter und Potenzial der Lebens- oder Ehepartnerinnen oder -partner.

Ich überlasse das Schlusswort Bundeskanzler Olaf Scholz: „Es ist ein weiterer Schritt zur Modernisierung Deutschlands, ein weiterer Schritt, wirtschaftliches Wachstum auch für die Zukunft zu gewährleisten, und ein weiterer Schritt, jahrzehntelangen Stillstand zu überwinden.“

REFORM DES ALLGEMEINEN GLEICHSTELLUNGSGESETZES: DISKRIMINIERUNG ENTGEGENTRETEN

Jede dritte Person in Deutschland ist schon einmal diskriminiert worden - aufgrund des Alters, einer Behinderung, der ethnischen Herkunft oder aus rassistischen Gründen, wegen des Geschlechts, der sexuellen Identität, der Religion oder der Weltanschauung. Allerdings klagen nur sechs Prozent der Betroffenen dagegen. Das liegt häufig daran, dass der Klageprozess kostenintensiv und langwierig sein kann. Oft sind Betroffenen ihre Rechte und Möglichkeiten auch gar nicht bekannt.

Mit der Reform des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes (kurz AGG) hat sich die Koalition vorgenommen diese Probleme anzugehen und die Rechte von Betroffenen zu stärken. Die SPD-Bundestagsfraktion hat hierzu am 18. April ein Positionspapier beschlossen. In diesem

legen wir die wichtigsten Punkte dar, damit von Diskriminierung Betroffene ihr Recht wirksamer geltend machen können:

- die Frist, um Ansprüche geltend zu machen, von zwei Monaten auf ein Jahr verlängern
- die unkomplizierte Unterstützung durch Antidiskriminierungsverbände ermöglichen (kollektiver Rechtsschutz)
- für härtere Sanktionen bei Verstößen sorgen
- Schutzlücken schließen: Denn während man z.B. bei rassistischer Diskriminierung durch eine*n private*n Arbeitgeber*in Entschädigungsansprüche hat, ist das bei rassistischer Diskriminierung durch eine öffentliche Behörde bislang nicht der Fall. Das wollen wir ändern und die Bindung an das Gesetz auch auf öffentliche Stellen und Behörden erweitern.

Als Digitalpolitiker ist es mir besonders wichtig, dass das AGG auch auf die Risiken von algorithmensbasierter Diskriminierung eingeht. Beweise bei der Diskriminierung durch Algorithmen können sehr schwer zu sammeln sein. Gerade bei Künstlicher Intelligenz sind die Entscheidungsfindungsprozesse oft intransparent und komplex.

Außerdem wissen Betroffene oft gar nicht, dass sie von einem Algorithmus diskriminiert wurden. Wenn ich beispielsweise online eine Versicherung kaufe, könnte der Versicherungsdienstleister aufgrund meiner Browserhistorie mir ein zugeschnittenes Angebot machen, das potenziell diskriminierend ist. Um diese Problemstellungen anzugehen, müssen wir das AGG technologieorientiert gestalten und damit zukunftsfest machen. Dafür werde ich mich einsetzen.





MEINE REDE ZUM DATA ACT

Am 31. März habe ich zu einem Antrag der CDU/CSU Fraktion zum Data Act gesprochen. Der Data Act ist ein Gesetzgebungsvorschlag der europäischen Kommission, der zum Ziel hat Daten innerhalb der Europäischen Union besser nutzbar zu machen und Rechtsansprüche klar zu regeln.

Daten legen heutzutage die Basis für unsere Wirtschaft und Gesellschaft. Wir produzieren Daten bei der digitalen Kommunikation mit Freund:innen und Familie, bei der Suche nach einem neuen Paar Schuhe online oder der Fahrkartenkontrolle in der Bahn. In unseren Alltag finden zunehmend auch sogenannte IoT-Geräte (Internet

of Things) Einzug, wie beispielsweise smarte Fitnesstracker am Handgelenk oder die vernetzte Waschmaschine, die meinem Smartphone das Ende des Waschgangs mitteilt.

Doch wem gehören diese Daten eigentlich und wer kann sie nutzen? Diese Fragen sind aktuell noch weitestgehend unregelt. Das bedeutet einerseits, dass die Potenziale von Datennutzung für unseren Wirtschaft unausgeschöpft bleiben. Schätzung der EU-Kommission zufolge werden 80% der Industriedaten nicht verwendet. Das bedeutet andererseits aber auch, dass manche Daten ohne das Einverständnis des oder der Urheber:in genutzt werden.

Bei diesen Fragen setzt der Data Act an. In meiner Rede wurde deutlich, dass ich mich vor allem für eine faire Regelung für die Verbraucherinnen und Verbraucher einsetze. Diese gewähren mit der Nutzung von IoT-Geräten tiefe Einblicke in ihren Alltag und legen ihre Gewohnheiten und Vorlieben offen dar. Auf dieser Grundlage ist es nur fair, dass die Verbraucher:innen selbst entscheiden können wer, welche Daten, zu welchen Konditionen verwenden darf. Dafür stehe ich in den Verhandlungen ein.

Meine Rede zum Data Act finden Sie auf der [Website des deutschen Bundestags](#).



THEMENWOCHE VERKEHR

Für Frankfurt ist eine gute Verkehrsanbindung, einer der Punkte, die die Stadt so lebenswert machen. Wir leben im Herzen von Europa. Mit dem Hauptbahnhof haben wir einen großen Verkehrsknotenpunkt für das Rhein-Main Gebiet und ganz Deutschland. Der Frankfurter Flughafen ist ein elementares Drehkreuz für Passagiere aus der ganzen Welt. Nicht zu unterschätzen ist dabei auch die Bedeutung des Flughafens als Wirtschaftsmotor.

In meiner Themenwoche Verkehr habe ich mich eine Woche lang mit Stakeholdern aus den verschiedenen Verkehrsbereichen getroffen. Mich interessierte dabei vor allem, wie wir den Verkehrssektor klima-

neutral entwickeln können, ohne, dass es dabei zum Verlust von Arbeitsplätzen kommt.

Vor uns liegen große Herausforderungen. Der Verkehrssektor macht einen Großteil der Emissionen aus. Uns muss eine Transformation zur Klimaneutralität gelingen.

Bei der Zukunft des Verkehrs müssen wir die Perspektiven aller Beteiligten zusammendenken. Wer mit dem Rad unterwegs ist, macht an-dere Erfahrungen als Autofahrer:in-nen. Die allgemeine Anbindung auf dem Land unterscheidet sich fundamental von der in der Stadt. Was mir während der Themenwoche aber

besonders klar geworden ist: der Arbeitskräftemangel ist so akut wie noch nie. Und dabei geht es längst auch nicht mehr um hochqualifizierte Jobs. Auch Berufe für ungelernte Fachkräfte sind immer schwerer zu besetzen. Hier herrscht wirklich akuter Mangel. In der Verkehrsbranche merken wir das jeden Tag: Züge fallen aus oder kommen zu spät, am Flughafen kann das Gepäck nicht rechtzeitig in den Flieger geladen werden.

Ich nehme aus der Woche viele wichtige Eindrücke nach Berlin mit. Meine nächste Themenwoche steht leider erst im Sommer an und wird sich mit dem Thema Zukunft der Arbeit beschäftigen.



GELDPOLITISCHER DIALOG: INFLATIONSENTWICKLUNG

Im April fand der Geldpolitische Dialog statt - ein gemeinsames Dialogformat des Finanz- und Haushaltsausschusses sowie des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Ziel des Gesprächs ist es regelmäßig geldpolitische Aktivitäten der Europäischen Zentralbank (EZB) parlamentarisch zu begleiten.

Bei dem jüngsten Termin ist daher Dr. Joachim Nagel, der Präsident der Deutschen Bundesbank und damit Mitglied des EZB-Rats, für das Gespräch zu uns in den Bundestag gekommen. Ich habe mich gefreut, ihm Fragen zur aktuellen Inflationsentwicklung zu stellen. Denn stark-steigende Preise sind eine Herausforderung für einen großen Teil der Bevölkerung und eine Verteilungsfrage.

Im vergangenen Monat ist die jährliche Inflationsrate des Euroraums ermittelt durch den harmonisierten Verbraucherindex (HVPI) im Vergleich zum März 2022 auf 6,9% gesunken - eine positive Nachricht. Allerdings

entwickeln sich die Preise der Komponenten des HVPI unterschiedlich. Die jährliche Inflationsrate für Lebensmittel des Euroraums war im März auf 15,4% gestiegen. Das entspricht einem Anstieg von 1,3% im Vergleich zum Februar 2023. Die Preise für Energie hingegen waren zeitgleich gesunken mit einer Rate von -2,2% zum Februar 2023. Auch im Vergleich zum Vorjahr sind die Energiepreise um 0,9% gesunken.

Die EZB erwartet, dass die Inflation durch angehobene Zinsen weiter zurückgehen wird. Die Leitzinsen liegen seit dem 22. März nun alle bei 3% und drüber. Die EZB erhofft sich dadurch die Inflationserwartungen der Marktteilnehmer:innen also der Menschen in der Bevölkerung auf einem niedrigeren Niveau zu verankern. Die Überlegung dahinter ist, dass Menschen sich entsprechend verhalten, wenn sie mit großen Preisanstiegen rechnen.

Ökonom:innen sprechen von einer Lohn-Preisspirale, wenn Arbeitnehmer:innen durch hohe Inflationserwartung höhere Löhne einfordern und

diese höheren Löhne wiederum als Kosten für die Unternehmen zu höheren Preisen führen. Allerdings wurde dieses Phänomen in den vergangenen Monaten nicht beobachtet. Dafür konnte man eher eine Gewinn-Preis-Spirale feststellen. Das heißt, einige Unternehmen haben aufgrund gestiegener Preise im Energiesektor die Preise höher angehoben als der entsprechende Kostenanstieg. Die EZB setzt darauf, dass durch den Wettbewerb solche Gewinnanstiege jedoch wieder zurückgehen werden.

Wir müssen in der Politik die mit einer Gewinn-Preis-Spirale verbundene Verteilungsdynamik genauestens verfolgen und entsprechend reagieren. Außerdem ist es unsere Aufgabe, sinnvolle Strukturpolitik zu betreiben und so unabhängig von fossilen Importen aus einzelnen Ländern zu werden. Denn der Auslöser der Inflation war letztlich der Preisschock auf dem Energiemarkt gewesen - und dessen Ursachen gilt es strukturell zu entschärfen.

A photograph of the Golden Gate Bridge in San Francisco, viewed through the trunks of two large trees in the foreground. The bridge's iconic orange-red towers and suspension cables are prominent against a hazy sky. The water of the bay is visible below the bridge deck.

MIT DEM BUNDESTAG IN DIE VEREINIGTEN STAATEN

Über ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestags und des Kongresses der Vereinigten Staaten von Amerika können Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 bis 17 Jahre ein Stipendium für ein Austauschjahr in den USA erhalten. Dieses Stipendium umfasst die Kosten für Flug, Unterkunft, Schule und Versicherung sowie Vorbereitung und Betreuung

durch professionelle Austauschorganisationen.

Auch junge Berufstätige (bis max. 24 Jahre) können über dieses „Parlamentarische Patenschaftsprogramm“ (PPP) in einem amerikanischen Betrieb arbeiten und internationale Erfahrungen in der Berufswelt sammeln.

Ich finde das ein tolles Programm,

mit dem junge Leute die Möglichkeit haben, den American Way of Life zu erleben und Politik, Gesellschaft und Kultur in den USA zu kennenlernen und ich unterstütze dieses Programm gerne.

Die Bewerbungsphase für das Programmjahr 2024/25 beginnt am 2. Mai (und endet Anfang September). Mehr Informationen dazu findet man [hier](#).

“ Liebe Grüße aus
Berlin und bis zum
nächsten Monat!



IMPRESSUM

Herausgeber: Armand Zorn
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 75492

Email: armand.zorn@bundestag.de
Web: <https://www.armandzorn.de/>
Bildnachweise: falls nicht extra
erwähnt: privat, unsplash, Pexels,
Moritz Erdt, David Lewis

Erscheinungsjahr: 2023

Armand Zorn im Web

